

15. November 2007

SPD-Parteivorstand, Telefon (030) 25 991-0, Internet: www.spd.de

SPD setzt sich gegen Widerstände aus der Union durch

Gute Nachricht für junge Menschen: BAföG wird deutlich erhöht

Zum Wintersemester 2008/09 steigt das BAföG um 10 %, die Freibeträge werden um 8 % erhöht. Dies ist ein großer Erfolg für mehr Chancengleichheit in der Bildung. Denn nur ein starkes BAföG eröffnet jungen Menschen aus einkommensschwachen Familien den Weg ins Studium. Die SPD hat diese deutliche BAföG-Anhebung gegen starke Widerstände aus CDU/CSU durchgesetzt.

Für die SPD ist und bleibt das BAföG das zentrale Instrument, um echte Chancengleichheit in der Bildung zu sichern. Können und Motivation müssen über den Bildungserfolg entscheiden, nicht die soziale Herkunft. Wir haben deshalb lange für eine BAföG-Erhöhung gekämpft und sie gegen eine Bundesbildungsministerin durchgesetzt, die in der Vergangenheit nie ein Geheimnis daraus gemacht hat, dass sie das BAföG lieber abgeschafft und durch ein Studienkreditsystem ersetzt hätte.

Deutschland braucht mehr Studierende. Die Studienanfängerquote liegt mit 35,3 % weit unter OECD-Durchschnitt. Wir wollen, dass mindestens 40 % eines Jahrgangs studieren. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir die finanziellen Hürden, die jungen Menschen die Entscheidung für ein Studium erschweren, aus dem Weg räumen. Deshalb brauchen wir ein starkes BAföG. Und deshalb setzt sich die SPD für ein gebührenfreies Erststudium ein. Die Union baut stattdessen finanzielle Hürden im Bildungssystem auf. In den Ländern führt sie Studiengebühren ein und treibt damit die soziale Auslese in der Bildung voran.

Die wichtigsten Punkte der 22. BAföG-Novelle:

- Die Bedarfssätze werden um 10 % und die Freibeträge um 8 % erhöht. Der Förderungshöchstsatz steigt für Studierende damit von derzeit 585 Euro auf etwa 643 Euro, für Schüler von 481 Euro auf 521 Euro. Dies deckt etwa den Bedarf ab, der seit der letzten BAföG-Erhöhung in 2001 durch Preissteigerung und erhöhte Lebenshaltungskosten entstanden ist. Durch die Erhöhung der Freibeträge werden damit ca. 100.000 mehr Studierende und Schülerinnen und Schüler erstmals BAföG erhalten.
- Der Kinderbetreuungszuschlag wird eingeführt. Auszubildende erhalten für ihr erstes Kind einen Betreuungszuschlag von 113 Euro im Monat. Für jedes weitere Kind erhalten sie 85 Euro. Mit diesem Zuschlag wird die Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung für Studierende erheblich verbessert.
- Die Förderung des Auslandsstudiums wird erweitert. Künftig können BAföG-Empfänger ihre Förderung bereits am dem ersten Semester für ein Studium im EU-Ausland oder der Schweiz verwenden.
- Die Verdienstgrenze, bis zu der ohne Anrechnung auf das BAföG Auszubildende durch Jobs hinzuverdienen können, wird auf 400 Euro erhöht.

- Die Förderung des zweiten Bildungsweges bleibt unangetastet. Die Union hatte ursprünglich eine Einschränkung bei der so genannten Kollegiatenförderung als Gegenfinanzierung gefordert. Die SPD hat sich dafür eingesetzt, die bisher geltende Rechtslage zu erhalten.
- Die Förderung für Jugendliche mit Migrationshintergrund wird erleichtert. Die Mindestarbeitsdauer der Eltern von ausländischen Auszubildenden, die aufenthaltsberechtigt sind oder eine dauerhafte Bleibeperspektive haben, wird gestrichen.

Bereits die von Gerhard Schröder geführte Bundesregierung hat den Raubbau am BAföG aus der Zeit vor 1998 gestoppt. Nachdem die Kohl-Regierung das BAföG auf einen historischen Tiefstand herunter gewirtschaftet hatte, haben wir es 2001 wieder zu einem attraktiven und sozial gerechten Instrument der Bildungsfinanzierung gemacht. Mit der 22. BAföG-Novelle gehen wir nun den notwendigen nächsten Schritt, um für die Zukunft wirkliche Chancengleichheit in der Bildung zu sichern.